

LANDESVERTEIDIGUNG

Brauchen wir doch die Wehrpflicht?

Landesverteidigung war gestern? Von wegen. Alte Bedrohungen könnten zurückkehren.

VON Peter Dausend | 27. März 2014 - 07:00 Uhr

Deutschland lebt, von Freunden umzingelt, friedlich in der Mitte Europas.

Die Bundeswehr wird nicht mehr für die klassische Landesverteidigung gebraucht, sondern dafür, Konflikte außerhalb des Nato-Gebiets zu befrieden.

Und: Der Wandel von einer verteidigungsstarken Abschreckungs- zur global agierenden Einsatzarmee erzwingt das Ende der Wehrpflicht.

Auf diesen drei Glaubenssätzen (und der Tatsache, dass der frühere Minister zu Guttenberg einen Sparbeitrag zum Haushalt bringen musste) basiert der aktuelle Großumbau der deutschen Streitkräfte. Das Problem ist nur: Diese drei Grundsätze erweisen sich möglicherweise gerade als falsch.

Russland hat sich die Krim einverleibt, die Ukraine sucht Zuflucht in der EU. Grenzen werden verschoben, Einflusszonen neu abgesteckt. 25 Jahre nach dem Fall der Mauer geht ein Riss durch Europa, einer, der als überwunden galt, doch jetzt erneut die Weltpolitik bestimmt: hier die Russen, da der Westen. Die einen schwächer geworden und unberechenbarer, der andere größer und selbstgefälliger. Und der bisher mächtigste Teil, die USA, proben gerade den Absprung in den pazifischen Raum.

Die Deutschen erkennen, dass sie in der Mitte Europas nicht so friedlich leben, wie sie soeben noch dachten, dass ihre Umzingelung nicht nur freundlich ist – just zu einem Zeitpunkt, da sich ihre Armee fitter macht für Einsätze in Afrika und sonst wo. Der alte Ost-West-Konflikt ist wieder voll entbrannt – und die Bundeswehr passt sich einer Wirklichkeit an, die soeben Vergangenheit geworden ist. Sicherheitspolitik im Paralleluniversum.



Dieser Artikel stammt aus der aktuellen Ausgabe der ZEIT, die Sie am Kiosk oder online erwerben können.

In den Verteidigungspolitischen Richtlinien, dem Grundsatzdokument deutscher Sicherheitspolitik, steht die Landesverteidigung zwar an erster Stelle aller

Bundeswehraufgaben. Doch dort steht sie nur, weil Thomas de Maizière Jurist und ein überaus korrekter Mann ist. Als der damalige Verteidigungsminister die Richtlinien im Mai 2011 neu verfasste, setzte er die Landesverteidigung an die Spitze der Rangliste, weil sie der einzige Auftrag ist, den das Grundgesetz der Bundeswehr erteilt. Sein Konzept zur Neuausrichtung der Bundeswehr zielte aber ausschließlich auf eine offensivere, von Krisenprävention und Anti-Terror-Kampf gestellte Aufgabe: den Auslandseinsatz.

In einer Grundsatzrede erklärte de Maizière im Juni 2012 vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik: "Wahrscheinlicher als Landesverteidigung und Bündnisverteidigung sind heute Einsätze der Bundeswehr zur Krisenbewältigung und Konfliktverhütung – nahezu überall auf der Welt." Diese "potenziellen Einsätze" seien es auch, die "unsere Fähigkeiten, unsere Ausrüstung, unsere Strukturen bestimmen müssen". Im Klartext: Die Verteidigung des eigenen Landes ist nicht mehr so wichtig, wichtiger ist der Einsatz im Ausland.

De Maizière verringerte die Truppenstärke von zuletzt 220.000 auf 175.000 Soldaten und Soldatinnen, erhöhte aber zugleich die Zahl der Einsatzkräfte. Stellten diese in der Vor-Reform-Bundeswehr nur ein Sechstel, so werden es künftig mehr als ein Drittel sein. Die Bundeswehr soll sich an zwei großen Missionen über einen längeren Zeitraum beteiligen können und parallel dazu noch an mehreren kleinen Operationen an Land, zu Wasser und in der Luft. Dazu braucht sie anderes Gerät und andere Waffen als zur Landesverteidigung. Und Akzeptanz in der Bevölkerung braucht sie auch. Doch daran hapert's.

Die umgebaute Bundeswehr wird eine Einsatzarmee, die den Einsatz scheut

Der Umbau der Bundeswehr führt zu einem doppelten Paradoxon. Das erste besteht darin, dass die Politik beschlossen hat, eine Einsatzarmee aufzubauen, die sie im Ernstfall gar nicht einsetzen will. Drohen Soldaten, wie zuletzt in Zentralafrika, in Kämpfe verwickelt zu werden, fürchtet die deutsche Politik vor allem eins: den Unwillen der Deutschen. Also bietet sie kampfwilligen Partnern das an, was man immer anbietet, wenn man nicht richtig will: logistische Unterstützung. So fliegen deutsche Soldaten andere zum Krisenherd und dann wieder nach Hause. Die umgebaute Bundeswehr wird eine Einsatzarmee sein, die den Einsatz scheut – und zur Landesverteidigung nicht mehr fähig ist. Ein Kollateralschaden, der zum zweiten Paradoxon führt: Die Einsatzarmee ist noch nicht geschaffen, aber schon überholt.

Landesverteidigung ist freilich schon immer ein euphemistischer Begriff gewesen, suggeriert er doch, die Bundeswehr käme nur dann zum Einsatz, wenn Deutschland angegriffen werde. Hinter der simplen Landesverteidigung verbirgt sich aber die komplexere Bündnisverteidigung – und die ist mit dem Zugriff Russlands auf die Krim ein gutes Stück wahrscheinlicher geworden. Die Nato endet heute nicht mehr, wie im Kalten Krieg, an Mauer und Todesstreifen im geteilten Deutschland, sondern an der Grenze zwischen den baltischen Staaten und Russland. Sollte Putin dort, wie auf der Krim, "bedrängen" Landsleuten militärisch zu Hilfe eilen wollen, wäre der Bündnisfall da –

und die Bundeswehr kaum in der Lage, effektiv zu verteidigen. So sieht es jedenfalls ihr ehemaliger Generalinspekteur Harald Kujat.

Verteidigungspolitik nach Regionalproporz

"Es fehlen allein schon die Flugzeuge, um schweres Gerät rasch in die Krisenregion verlegen zu können", sagt Kujat, einst Vorsitzender des Militärausschusses der Nato. Die Bundeswehr habe "auch ein Aufklärungsdefizit, zu wenig Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber, zu wenig schwere Waffen – und vor allem zu wenige Soldaten." Zur Landesverteidigung braucht man aber starke Landstreitkräfte. Und die bekommt man laut Kujat nur auf zwei Arten: "Entweder wird der Soldatenberuf deutlich attraktiver, also erkennbar auch besser bezahlt – oder man führt die Wehrpflicht wieder ein."

Mit der Bundeswehr als abgespeckter Einsatzarmee lässt sich also weder das eigene Land verteidigen noch das Bündnis, jedenfalls nicht an dessen territorialen Grenzen. Und weil aus dem Osten ja keine Gefahr mehr droht, wird in Wilhelmshaven an der Nordsee der Marinestützpunkt ausgebaut – und nicht in Kiel an der Ostsee. Verteidigungspolitik nach Regionalproporz.

Unter den profilierten Verteidigungsexperten ist Kujat der erste, der die Bundesregierung infolge der Krimkrise zu einer "grundlegenden Neubewertung" der sicherheitspolitischen Lage auffordert: "Meiner Meinung nach bedeutet das, dass die Landesverteidigung als Bündnisverteidigung wieder ins Zentrum der Überlegungen gehört." Und wenn es so kommt, kehrt womöglich etwas zurück, wovon sich Politik und Bundeswehr vor drei Jahren erst unter vielen Krokodilstränen verabschiedet haben: die Wehrpflicht.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2014/14/bundeswehr-wehrpflicht>